

GSP.Z-01-070 Kapitel 4: Zusammen leben

Antragsteller*in: Volker Beck (KV Köln)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 69 bis 71:

unseres Rechtsstaates und die immer währende Aufgabe aller Menschen in Deutschland und in Europa. ~~Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar.~~ **Die Existenz und die Sicherheit Israels als jüdischer und demokratischer Staat sind unverhandelbar.**

Begründung

Der Änderungsantrag will einen Lapsus in der Formulierung des Antragstextes beseitigen.

Der vorgeschlagene Satz im Antragstext läßt jeden Bezug zum jüdischen Volk und zur zionistischen Staatsidee ("nationale Heimstätte der Juden") vermissen. Damit würde auch die Beteuerung des Existenzrechtes inhaltsleer. Etwas überheblich klingt es dann, Israel soll gleiche Rechte für all seine Bürger*innen gewähren, als ob es dies nicht schon täte. In welchem Land gab und gibte es Generäle, Offizier*innen und Richter muslimischen oder drusischen Glaubens am Obersten Gericht: in Deutschland oder in Israel?

Im Bundestagswahlprogramm klang das noch anders:

"Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand des Staates Israel als **nationale Heimstätte des jüdischen Volkes** und zum **Wohle aller seiner Bewohner*innen** sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten."

weitere Antragsteller*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Harder (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Josef Winkler (KV Rhein-Lahn); Renée-Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Alexandra Werwath (KV Bremen-Mitte); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Kerstin Müller (KV Berlin-Pankow); Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV); Philip Krämer (KV Darmstadt); Andreas Ewald (KV Darmstadt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Daniela Wagner (KV Darmstadt); Diana Siebert (KV Köln); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Franz Martin Rumiz (KV Stuttgart); Georg Kurz (KV München); Jonathan Thurow (KV Hildesheim); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.